



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-4533 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 73 75 07  
Fernschreib-Nr. 111800  
DVR: 0090204

Zl. 5901/27-Info-88

2000 IAB  
1988 -06- 2 0  
zu 1997 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Stocker und Genossen vom 20. April 1988, Nr.  
1997/J-NR/88, "Schädliche Auswirkungen des  
Luftverkehrs"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

Seitens der Obersten Zivilluftfahrtbehörde hat an dieser  
Veranstaltung kein Vertreter teilgenommen.

Zu Frage 2

Zur Wahrung der Nachtruhe der Anrainer ist bei allen öster-  
reichischen Bundesländerflughäfen der Flugverkehr in der  
Nacht eingestellt (etwa von 23.00 - 6.00 Lokalzeit).  
Die genaueren Werte sind jeweils in der AIP, Teil AGA,  
verlautbart.

Gemäß § 5 ZFBO kann die Betriebszeit jedoch fallweise verlän-  
gert werden, wenn "unvorhergesehene Gründe" dies erfordern  
(wie zum Beispiel Ambulanzflüge oder technische Verzögerun-  
gen).

Der Zivilflugplatzhalter ist auch berechtigt, die Betriebs-  
zeiten "vorübergehend auszudehnen". Davon wird im allgemeinen  
sparsam Gebrauch gemacht.

Vom Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
als Oberste Zivilluftfahrtbehörde wurden für die österreichi-  
schen Flughäfen folgende Betriebszeiten bescheidmäßig ge-  
nehmigt:

- 2 -

Flughafen Graz .....	06.00 - 23.30 Uhr
Flughafen Innsbruck .....	06.30 - 20.00 Uhr
Flughafen Klagenfurt .....	06.00 - 23.00 Uhr
Flughafen Linz .....	06.00 - 23.00 Uhr
Flughafen Salzburg .....	07.00 - 22.00 Uhr
Flughafen Wien .....	00.00 - 24.00 Uhr

Im Fall Wien-Schwechat, wo die Betriebszeit 24 Stunden beträgt, sind bei Nacht einige (lärmkritische) Abflugstrecken gesperrt.

Ganz allgemein kann gesagt werden, daß in den fallweise in meinem Ressort einlangenden Protestschreiben von Flughafenanrainern die Lärmentwicklung allgemein als störend kritisiert wird, das Problem der gestörten Nachtruhe hingegen nur eine untergeordnete Rolle spielt. Über eingeleitete gerichtliche Schritte wegen Störung der Nachtruhe ist mir nichts bekannt.

Zu Frage 3:

Sowohl im EWG-Bereich als auch innerhalb der ECAC sind Regelungen zur Unterbindung des Betriebes von nicht-lärmzertifizierten Unterschallflugzeugen mit Strahlantrieb bereits getroffen worden. Die diesbezügliche Empfehlung der ECAC sieht ab 1.1.1988 ein Start- und Landeverbot für alle derartigen Flugzeuge vor, enthält allerdings auch Ausnahmemöglichkeiten für 1 - 2 Jahre.

Diese Regelung ist in Österreich in die Zivilluftfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung, BGBl. 700/1986, übernommen worden.

Zu Frage 4

Solche Vorschläge wurden im Rahmen einer ECAC-Arbeitsgruppe, in der auch Österreich vertreten war, sehr ausführlich untersucht. Da der Anreiz-Effekt nicht entsprechend nachgewiesen werden konnte, andererseits aber ein erheblicher, administrativer Aufwand zu erwarten wäre - speziell wenn die

- 3 -

Maßnahmen aufkommensneutral und nicht als Gebührenerhöhung des Flughafens ausgebildet sein soll -, wurde letztlich von der Erlassung einer diesbezüglichen, einheitlichen Empfehlung Abstand genommen.

Es sind wohl einzelne lärmabhängige Gebührenregelungen in Europa in Kraft, doch hat sich die Maßnahme nicht generell durchgesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft österreichischer Verkehrsflughäfen hat sich aus den oben zitierten Gründen ebenfalls gegen die Einführung abgestufter Lärmtaxen ausgesprochen.

Zu bedenken ist vor allem, daß die Kosten, die einer Fluggesellschaft durch vorzeitiges Umstellen ihrer Luftflotten entstehen, so gewaltig sind, daß die erzielbaren Gebühren-Verringerungen nicht sehr ins Gewicht fallen.

Nachhaltiger könnte sich hingegen ein derzeit bei ECAC in Diskussion stehendes Verbot der Registrierung weiterer Strahlflugzeuge, die nur den Lärmgrenzwerten gemäß ICAO Annex 16, Kap. 2 entsprechen, auswirken. Österreich hat bei allen Abstimmungen diese Entwicklung unterstützt. Ähnliche Entwürfe werden zur Zeit auch im EWG-Bereich behandelt.

Wien, am 17. Juni 1988

Der Bundesminister

